

**Matthi Bolte MdL**

Innenpolitischer Sprecher  
Sprecher für Netzpolitik

## **Rede zu TOP 7 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren**

25. Februar 2011

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Mitmachen statt Meckern“ – das war der Slogan der Grünen Jugend, als ich angefangen habe, dort Politik zu machen. Auch Meckern ist sicherlich ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie, aber wir müssen vor allem anderen dafür sorgen, dass die Bedingungen fürs Mitgestalten optimal ausgestaltet sind. Und die sind in Nordrhein- Westfalen noch verbesserungsbedürftig.

Schauen wir uns die derzeitige Lage an: Seit mehr als 60 Jahren gibt es in Nordrhein- Westfalen die Möglichkeit, Volksentscheide durchzuführen. Doch seitdem wurde erst einmal -1978- ein Volksbegehren erfolgreich durchgeführt. Grund dafür sind die hohen Anforderungen, die bei der Durchführung eines Volksbegehrens erfüllt werden müssen.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir das ändern. Wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern viel zu. Wir stehen als Rot-Grüne Koalition für einen anderen politischen Stil, das steckt in der Überschrift des Koalitionsvertrags: „Gemeinsam neue Wege gehen“ und unserem Anspruch: „Betroffene zu Beteiligten machen“. Wir vertrauen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Entscheidungsspielräume an und sind zutiefst überzeugt, dass sie diese im positivsten Sinne mit demokratischem Leben füllen werden.

Es soll einfacher werden, Unterstützung für das eigene Anliegen zu finden. Deshalb werden wir die rein amtliche Unterschriftensammlung aufheben und ermöglichen alternativ auch die freie Unterschriftensammlung – z.B. auf öffentlichen Plätzen und Straßen-. Das hilft der demokratischen Willensbildung, weil Hemmschwellen, die der Gang aufs Amt erzeugt, abgebaut werden. Die Eintragsfrist für Volksbegehren wird von acht Wochen auf ein halbes Jahr verlängert und die Sammlungsfrist auf zwölf Monate ausgedehnt.

Besonders hervorheben möchte ich die aus Sicht meiner Fraktion sehr wichtige und sehr Progressive Regelung zur Finanztransparenz. Sach- und Geldspenden im Wert von über 5.000 € müssen künftig offengelegt werden. Auch dies ist ein wichtiger demokratischer Baustein, denn es ist wichtig, wer hinter einem Volksbegehren steckt und welche Interessen dahinter stehen.

Doch das soll noch nicht alles sein, was wir zur Verbesserung der demokratischen Beteiligungsrechte unsere Bürgerinnen und Bürger tun wollen: Wir werden Bürgerbegehren und Entscheide vereinfachen, indem wir das Unterschriftenquorum senken, Themenauschlüsse reduzieren und den Kostendeckungsvorschlag als Zulässigkeitskriterium streichen. Dazu wird die Stichwahl wieder eingeführt.

Und wenn insbesondere Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich zu Ihrer demokratischen Verantwortung bekennen und bei uns mitarbeiten, dann können wir auch über wichtige und dringend gebotene Änderungen an der Landesverfassung sprechen. Notwendig ist insbesondere eine deutliche und spürbare Absenkung des Zustimmungsquorums bei Volksentscheiden. Heute müssen eine Million Menschen unterschreiben, 8 Prozent der Wahlberechtigten in einem Land mit 18 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich: Für ein Bürgerbegehren brauchen Sie in einer Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern nur 3 Prozent.

Auch die Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen ist in Anlehnung an die positiven Erfahrungen auf kommunaler Ebene ein wichtiges Thema. Ich würde sehr begrüßen, wenn wir uns da einigen könnten, auch da braucht es die Verfassungsänderung. Herr Biesenbach, es würde mich freuen, wenn wir zusammenkommen, den Kaffee würde ich kochen!

Meine Damen und Herren,

Nur einmal in der Landesgeschichte war ein Volksbegehren erfolgreich: 1978 – und sie wissen alle, worum es ging. Insofern würde ich die wunderschöne Formel von Willy Brandt „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ auch einmal ganz wörtlich verstehen: Ja, Demokratie erfordert Mut, und manchmal ist Demokratie sogar ein Wagnis. Nicht nur das Volksbegehren gegen die kooperative Schule zeigt das.

Man kann aus der Tatsache, dass Regierungen auch gute und wichtige Vorhaben durch Volksbegehren verlieren können, den Schluss ziehen, es wäre besser, sich in den Elfenbeinturm zurückzuziehen. Diesen Schluss ziehen wir nicht.

Für uns ist wichtig, zu lernen:

Dass Politik mehr mit den Menschen reden muss

Dass Politik transparenter und offener sein muss

Dass Entscheidungen nachvollziehbar sein müssen

Und dass zuletzt alles drüber-reden nicht hilft: Politik muss auch gute Gesetze im Sinne der Bürgerinnen und Bürger machen.

Uns ist jedenfalls nicht bange, meine Damen und Herren. Wir freuen uns über Menschen, die mit uns den demokratischen Meinungsbildungsprozess begleiten!

Bereits mit den Eckpunkten für ein neues Landespersonalvertretungsgesetz haben wir einen wichtigen Pflock für ein demokratischeres Nordrhein-Westfalen eingeschlagen.

Der heutige Antrag ist der Auftakt auf dem Weg zu einer Gesellschaft hier bei uns in Nordrhein-Westfalen, in der Politik offener gestaltet wird, Bürgerinnen und Bürger früher einbezogen werden, wir es besser und transparenter machen.

„Mehr Demokratie wagen“ – und an anderer Stelle schreibt Brandt: „So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann.“

Ich wünsche mir, dass wir mit diesem Leitbild in die weiteren Debatten gehen. Wir wollen nicht nur, wir werden mehr Demokratie wagen.

Vielen Dank.

---